GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG XVII. IULIE / JUILLET / JULI 1939. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 7

Warum sich die Schwaben der Vorkriegszeit so leicht assimilierten.

Von **Árpád Török.**

Das ist vorerst eine akademische Frage, die in der Tat auch den Gegenstand einer wissenschaftlichen Arbeit in Deutschland bildet, zu der das Material eifrig gesammelt wird. Darüber hinaus gehört diese Frage auch in die Tagespolitik, weil damit vielfach der Zustand, in welchem sich das ungarländische Deutschtum heute befindet, zusammenhängt. Seit damals hat sich in der Welt vieles verändert, aber – wenigstens für das ungarländische Deutschtum – doch nicht alles. Es haben sich nicht seine Staatszugehörigkeit und die damit zusammenhängenden Lebensformen verändert, wie das mit dem abgetrennten grossungarischen Deutschtum geschehen ist. Aus dieser Stetigkeit seiner Lage ist so manches zu erklären und – wollen wir gerecht sein – zu entschuldigen, was von einer strengen Kritik mitunter sehr hart hergenommen wird. Die tagespolitische Aktualität dieser Frage hängt u. a. mit einer Polemik zusammen, die von der in Rumänien erscheinenden Zeitschrift für Minderheitenpolitik „Magyar Kisebbség" mit der „Kronstädter Zeitung" geführt wird.

Die „Kronstädter Zeitung" hat einen scharfen Ausfall gegen die vorkriegsungarische Nationalitätenpolitik unternommen, der sie den Vorwurf macht, die Schwaben und Zipser Deutschen gewaltsam entnationalisiert zu haben. „Magyar Kisebbség" gibt zwar zu, dass eine Magyarisierung gewisser deutscher Schichten stattgefunden hat, bestreitet aber, den gewaltsamen Charakter dieses Vorganges und behauptet, diese „Umvolkung" wie der moderne Ausdruck lautet, sei auf natürliche Ursachen zurückzuführen. Als Kronzeugen führt „Magyar Kisebbség" den

bekannten ungarländisch-deutschen Führer Dr. Franz *Basch* selbst an, dessen Aufsatz aus dem „Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums" die ung. Zeitschrift zitiert. Hier macht nämlich Basch den wohlhabenden Schwaben den Vorwurf, wegen materieller und sozialer Vorteile ihr Volkstum preisgegeben zu haben. Das deutsche Bauerntum, so schreibt Dr. Basch, ist im Zeitalter des Ausgleiches das Opfer einer blinden Habgier geworden. Sein höchstes Lebensziel war nach amerikanischem Muster Boden- und Gelderwerb. Dieser Materialismus hat ihm die letzten Möglichkeiten genommen, sich völkisch aufzuraffen. Es hat sich immer stärker an die politischen Machthaber angeschmiegt, die ihm in wirtschaftlicher Hinsicht volle Freiheit gewährten. Die intellektuelle Schicht übertraf hierin das Bauerntum. Ihr gesellschaftliches Ideal ist der ungarische Mittelstand geworden und sie war mitunter froh, wenn man ihre deutsche Abstammung vergessen hat. Diese Assimilanten unternahmen dann den schärfsten Kampf gegen jede völkische Bewegung des Deutschtums. Das sonst sehr zähe und lebenskräftige aber führerlose Schwabentum hat der zunehmenden westeuropäisch ausgerichteten magyarischen nationalen Bewegung keinerlei Widerstand geleistet. In dieser Erklärung Dr. Baschs erblickt nun „Magyar Kisebbség" den Beweis dafür, dass sich das Schwabentum *freiwillig* anpasste. Nun war es kein geringerer als Jakob Bleyer, der in einem im „Pester Lloyd" (21. Febr. 1931) veröffentlichten Artikel einen ähnlichen Gedankengang entwickelte: „Ich will zugeben, – schrieb er, – dass das Schwabentum im grossen und ganzen geschehen liess, was und wie es gekommen ist, und dass es sich dagegen nicht zur Wehr setzte". D. h. gegen seine Entnationalisierung.

Wir wollen hier keineswegs die Nationalitätenpolitik und die herrschende öffentliche Meinung der Vorkriegszeit von jeder Verantwortung freisprechen. Sehr massgebende ungarische Faktoren haben hiezu Stellung genommen und konnten auch ihrerseits diesen Freispruch nicht fällen. Immerhin ist es richtig, wenn Basch neben politischen auch *soziologische* Momente als Erklärung für die damalige Entwicklung anführt. Auch wenn Bleyer meinte, das Schwabentum habe sich nicht zur Wehr gesetzt, so ist damit ebenfalls eine soziologische Ursache der Entnationalisierung angedeutet. Denn wenn es auch kein soziologisches Gesetz ist, dass man einen Kampf *gewinnen* muss, so ist es jedenfalls so-

ziologisch bedingt, wenn man in gewissen Lebenslagen auf den Kampf *verzichtet*. Nur eines ist nicht ganz überzeugend, nämlich das Werturteil, das Dr. Basch in seinem Aufsatz fällt. Gewiss ist der relative Wohlstand des Schwabentums und die Möglichkeit, ihn noch weiter zu steigern, mit eine Ursache für seine verhältnismässig leichte Assimilierung gewesen. Auch wird man zugeben müssen, dass der ungarische Herrentyp, der „uri ember", als gesellschaftliches Ideal der schwäbischen Intellektuellen ebenfalls so manches zur Erleichterung ihrer Angleichung beigetragen hat. Eines wird aber bei der Behandlung dieser Fragengruppe meist übersehen, oder doch nicht genügend hervorgehoben, dass für diese Entwicklung auch das *kollektive Ideal* der Schwaben von Bedeutung war. Darunter verstehen wir etwas, was man auch mit *nationalem* oder *historischem* Ideal zu bezeichnen pflegt, also ein Ideal, das allen Gliedern einer Gemeinschaft bewusst ist, das auch aufs innigste mit dem *Sendungsglauben* eines Volkes zusammenhängt. Nun, das kollektive Ideal der Schwaben war ganz das gleiche, wie jenes des Magyarentums: es erblickte im ungarischen Vaterland einen höchsten Wert und seine gemeinsamen Bestrebungen bezogen sich auf dieses Vaterland und seine weitere Wertsteigerung. Da aber dieses Vaterland eine *ungarische* Geschichte und einen *ungarischen* Charakter hat, war es auch nicht zu verwundern, wenn dieses gemeinsame Ideal auch eine geistig-seelische Annäherung an das Magyarentum brachte, die bei vielen, unter Mitwirkung anderer soziologischer Faktoren, zu einer gänzlichen Angleichung geführt hat. Es war also keineswegs nur Materialismus, der auf Seite des Schwabentums die Anpassung begünstigte, sondern vielfach, vielleicht auch in entscheidendem Masse, auch *sittliche* Werte, seine Fähigkeit, sich ein Ideal zu schaffen und sich für dessen Verwirklichung einzusetzen.

Wir wollen damit über die Minderheitenpolitik der Gegenwart und Zukunft keineswegs ein voreiliges Urteil fällen und etwa aus dem Gesagten die Schlussfolgerung ziehen, dass alles beim alten bleiben müsse. Selbst wenn man die Vergangenheit unter Hinweis auf soziologische Ursachen erklären wollte, so fordert die Gegenwart, gerade aus der soziologischen Entwicklung heraus, eine andere Minderheitenpolitik.

Die kollektiven Ideale sind bei Völkern genau so wie bei Einzelmenschen, wandlungsfähig. Wollen wir damit auch nicht

behaupten, dass das ungarländische Deutschtum sein altes gemeinsames Ideal aufgegeben hat, so kann nicht übersehen werden, dass ihm in der Nachkriegszeit ein neues, ein zweites erstanden ist: *sein Volkstum.* Sein deutsches Volkstum ist ihm zu einem hohen Wert geworden, an dem es festhalten, den es steigern will. Die Nationalitätenpolitik der Vorkriegszeit hatte also mit ganz anderen Voraussetzungen zu rechnen. Wurden auch Fehler begangen, so blieben sie, eben wegen der geistig-seelischen Einstellung des Deutschtums ohne schwerwiegende Folgen. In der neuen Lage müsste sich aber ein steifes Festhalten an den alten Methoden – was allerdings durchaus nicht beabsichtigt ist – schon anders auswirken.

Dieses zweifache Ideal des ungarländischen Deutschtums enthält unstreitig Spannungsmöglichkeiten. Aus seinem Vaterlandsgefühl wird es heute nicht mehr die gleichen Folgerungen ziehen, wie in der Vergangenheit. Vor allem wird es darin nicht eine Pflicht zu völkischer Ausgleichung erblicken. Wirkt dem doch das zweite Ideal entgegen, das ihm strenges Festhalten an dem angestammten Volkstum vorschreibt. Ob und wie weit es nun zu einer tatsächlichen Spannung oder gar zu einem Gegensatz zwischen den beiden Idealen kommen wird, das hängt sowohl von der Politik ab, die der Staat der Volksgruppe gegenüber befolgt, als auch andererseits von den Methoden, die deren Führer in der völkischen Betreungsarbeit anwenden. Soziologisch und politisch ist ein neuer und – unstreitig – äusserst heikler Zustand eingetreten. Fehler können, auf welcher Seite sie immer begangen werden, schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Das ihr innewohnende Vaterlandsgefühl schafft zweifellos einen beglückenden Zustand für eine Volksgruppe, aber auch das Volkstumsbewusstsein wird von der Volksgruppe als beglückend empfunden. Glücklich ist daher eine Volksgruppe zu nennen, die von beiden Gefühlen durchdrungen ist, in deren Seele sich beide das Gleichgewicht halten. Daher kann es für die Volksgruppen*politik* keine höhere Aufgabe geben, als ein solches Gleichgewicht, eine solche Synthese herzustellen. Die beiden Werte schliessen einander nicht aus. Es kommt somit lediglich darauf an, den hohen Wert zu erkennen, der *in ihrem Einklang liegt* und die Methoden auf beiden Seiten diesem hohen Wert anzupassen.

Die Kundgebung der Ungarischen Volksgemeinschaft Rumäniens vor der Gesetzgebung.

Am 22. Juni 1939 taten Adam Teleki in der Kammer und Paul Szász im Senat folgende Äusserung:

Im Namen des Ungartums in Rumänien drücken wir vor allem unsere tiefste Ehrerbitung vor dem Tron aus und sagen aufrichtigen Dank für die königlichen Worte, welche die Bedeutung und Rechte der Minderheiten im Rahmen des rumänischen Staates anerkennen.

Die verständnisvolle Äusserung des königlichen Handschreibens klingt in unseren Seelen nach: „die Anforderungen der ethnischen Minderheiten sind mit besonderer Aufmerksamkeit zu untersuchen, um dadurch die innere Ordnung und die Staatsidee zu stärken."

In seiner Tronrede gab S. Majestät der König der neuen gesetzgebenden Körperschaft den Umriss ihrer Aufgaben. Der Herrscher gab uns gnädig zu verstehen, er werde innerhalb der gesetzmässigen Grenzen die wirtschaftliche, geistige und kulturelle Entwicklung der Minderheiten sichern und bezeichnete als nächste Aufgabe der Regierung die aufrichtige Verwirklichung dieses Programmes, die Lösung aller offenen Minderheitenfragen und die praktische Durchführung derselben.

Die in der Vergangenheit verlautenden Klagen und Beschwerden ergaben sich zum Grossteil aus Versäumung der Durchführung bestehender Gesetze oder aus deren irrtümlicher Anwendung. Die hohen königlichen Worte weisen den Regierungen des Landes die Richtung zur Linderung unserer Beschwerden und sollen uns künftig als Bürgschaft für die aufrichtige Zusammenarbeit der Minderheit mit der Mehrheit gelten.

Das königliche Dekret vom 4. August 1938 zur Behebung der Minderheitsbeschwerden und das Protokoll des Ministerrates werden erst dann unsere Forderungen befriedigen, wenn sie entsprechend ergänzt und zum Gesetz erhoben werden.

Wir glauben und hoffen, dass die Regierung S. Majestät den königlichen Willen in jeder Hinsicht durchzusetzen bestrebt ist.

Im Namen der ungarischen Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes sowie im Namen der Vertreter der Intellektuellen

stellen wir im Geiste der neuen Verfassung unsere Arbeitsfähigkeit und Fachkenntnis dem Lande zur Verfügung und hoffen von der Regierung zuversichtlich die Linderung aller Schmerzen unseres Volkes, vor allem die Lösung der vitalen Fragen, bezüglich derer S. Majestät betonte: „die Regierung werde sie mit aller Aufrichtigkeit erfüllen."

Wir wünschen an der gesetzgebenden Arbeit des Landes teilzunehmen, damit wir treue Diener unseres ungarischen Volkes und aller unserer Mitbürger für das Wohl des Landes sein können.

Diesen Sinn legen wir der Antwort auf die Tronrede bei bezüglich deren Worte, die unsere Rechte zu sichern wünschen und die gesetzachtende Haltung des ungarischen Volkes hervorhebt.

Mit obigen Äusserungen nehme ich die Antwort auf die Tronrede an.

Wie die königl. Freistadt Pest im Jahre 1802 die Judenfrage zu lösen wünschte.

Im Jahre 1802 forderte der ungarische Landtag die königl. Freistädte von Ungarn auf, dem Landtage ihre Meinungen darüber zur Kenntnis zu bringen, welche die Hindernisse für den ungarischen Handel seien und mit welchen Mitteln derselbe belebt werden könnte.

Die vorgelegten Meinungen der Freistädte wurden als Anhang im Protokoll*) des Landtages aufgenommen.

Es ist interessant, dass fast jede Freistadt sich auch mit der Judenfrage beschäftigte, doch die kennzeichnendste Meinung gab die Freistadt Pest ab, deren Text wir nachfolgend im Wortlaut wiedergeben:

*) Naponként -való Jegyzései az 1802 dik esztendőben Felséges Második Ferentz Romai Tsászár, Magyar, és Tseh Ország koronás Királya által Posony szabad királyi várossában pünkösd havának 2-dik napjára rendelt, 's ugyan ott azon esztendöben mind Szent havának napjában be-fejezett, Magyar Ország Gyülésének; mellyek eredet-képen magyar nyelven irattattak, és az Ország gyülésének fö vigyázásá alatt hitelesen deák nyelvre fordittattak Po'sonyban, füskuti Landerer Mihály betüivel, M.DCCC.II.

„§. 26. *Regulirung der Juden mit Vortheil des Ungarischen Handels.*

Wenn der vermöglichere und civilisirtere Jude, denen in Mercantil-Codex vorgeschriebenen Verbindlichkeiten, Genüge thut, so glauben wir, dass derselbe, eben so gut wie der Christliche Handelsmann zur Aufnahme des Ungarischen Handels mitwirken kann. Der Pünkel-Jude aber kann dem innländischen Handel nur dann Vortheil bringen, wenn er auf die kleinweise Aufsammlung einiger inländischen Producte und auf den Handel mit alten Sachen, als Gegenständen, womit sich nicht leicht andere Landes-Bewohner befassen, beschränkt wird.

Um demnach den Juden wie sich Kaiser Joseph in seiner Verordnung wegen denselben ausdrückte, von den so schädlichen Hang zu hausiren, immer mehr und mehr abzuziehen und zu bewirken, dass so mancherley, alle Einwohner des Landes wesentlich drückende Uibel, an ihrer ersten Quelle abgegraben werden möge, ohne doch desshalb den Juden selbst vertilgen zu wollen; sey es uns vergönnt den vereinigten Ständen des Reichs nach unserer geringen Meynung jene Mittel zu unterbreiten, durch welche die ärmere Klasse der Juden, fürs Land unschädlich, und dennoch für den innländischen Handel nützlich gemacht werden könnte. Unsere unmassgebliche Vorschläge aber sind:

a) Dass kein fremder armer Jude nach Ungarn eingelassen werden soll.

b) Dass jene armen Juden so sich unter den Vorwand des Handels aus fremden Staaten nach Ungarn eingeschlichen haben, nach den Ort ihres Ursprunges zurückgewiesen werden sollten.

c) Dass dem ärmeren Juden der Handel, und das Hausiren mit Waaren gänzlich untersagt werden sollte, um sie dadurch der Gelegenheit zu stehlen, und des Mittels, das Gestohlene zu verhehlen, und es bald an den Mann zu bringen, zu berauben.

d) Dass denselben nur der Handel mit alten Sachen in denen Wochenmärkten, und zwar nicht mittels des Hausirens, sondern in öffentlichen Trödler-Hütten gestattet seyn sollte.

e) Dass derselbe sich mit der Aufsammlung in Kleinen von Ungarischen Producten auf dem Lande befassen soll, die

er sodann in den Wochenmärkten in den Städten feil biethen dürfte.

f) Dass er auf dem Lande nicht gegen Waaren, sondern, nur gegen alte Sachen, und für baares Geld Producte aufsammeln dürfte.

g) Dass nicht jeder Jude die Freyheit hätte sich mit dem Handel zu befassen, sondern dass nur ein Glied der Familie seine Nahrung durch den Handel suchen dürfte, indess die übrigen Kinder eines Vaters verbunden wären, sich teils auf den Ackerbau zu verlegen, teils Professionen und Künste zu erlernen, und sich davon zu nähren.

h) Kein Jude, der sich in der Stadt niederlassen will, dürfte tolerirt werden, ohne sich vorläufig bey einem Hochlöblichen Stadthalterey-Rath durch beygebrachte authentische, von dem vorgeschlagenen Centro des Handels untersuchte, sodann der Stadt in der er tolerirt werden will, mitgetheilte, und im städtischen Archiv aufzubewahrende Beweise seiner Rechtschaffenheit ausgewiesen zu haben, wo er dann erst die Freyheit des Handels erhalten könnte, wenn er dem Wechselgericht sich unterwerfen würde.

i) Ihre Ansiedlung sollte nur in der Entfernung einiger Meilen von denen Gränzen des Landes statt haben.

k) Exarendirungen städtischer oder grundherrlicher Regalien und Beneficien aber sollte ihnen darum nicht gestattet werden, weil daraus mancher wesentliche Druck für den gemeinen Mann, und manche abschreckende Unbequemlichkeit für den Fremden und Reisenden entspringt. Diebsbanden aber sicherer bey Juden als bey Christen ihre Conventicle verheimlichen, und das gestohlene Gut depositiren können.

Rededuell zwischen den Abgeordneten Dr. Klein und Dr. Mühl im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Abgeordneter Dr. Anton Klein ergriff am 23. Juni in der Indemnitätsdebatte das Wort und schleuderte dem Abgeordneten Dr. Mühl verschiedene schwerwiegende Anklagen ins Gesicht, die Abgeordneter Dr. Mühl natürlich ablehnte und zurück-

wies. Während der Rede der beiden Abgeordneten ist es wiederholt zu stürmischen Szenen gekommen; nicht nur seitens der Opposition, sondern auch seitens der Regierungspartei klatschte man dem Abgeordneten Dr. Klein Beifall, obwohl Dr. Mühl Mitglied der Regierungspartei ist.

Nachstehend lassen wir die beiden Reden der Abgeordneten Dr. Klein und Dr. Mühl auf Grund des Parlamentsberichtes vom „Pester Lloyd" folgen:

Abg. *Klein* befasste sich sodann mit der Spaltung, die im Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein durch den Austritt der wegen Schmähung der Nation verurteilten führenden Persönlichkeiten eingetreten sei. Diese haben dann den Volksbund gegründet und durch ihre schädliche Propaganda das bis dahin patriotische Schwabentum aufgewiegelt. Der Redner halte diese Richtung, die das patriotische Schwabentum dem ungarischen Vaterlande entfremden wolle, für äusserst gefährlich.

Abg. *Mühl:* Niemand will es entfremden, nur Sie behaupten das!

Abg. *Klein:* Falls der Herr Abgeordnete meine Behauptungen nicht widerlegen kann, – das zu versuchen, ist sein Recht, ja seine Pflicht, wenn er in der Partei Ungarisches Leben unter ehrenwerten Herren zu sitzen wünscht –, dann hat er meiner Ansicht nach sein Recht verwirkt, weiter in seiner jetzigen Partei zu verbleiben. (Grosser Lärm.) Ich behaupte, dass der auch unter Ihrer Führung stehende Verein, der unter dem Namen „Volksbund" von Franz Basch geleitet wird, Gelder aus dem Auslande erhält. Franz Basch selbst hat es zugegeben.

Abg. *Horváth* (Unabh. Kleinlandw.): Vaterlandsverräter!

Abg. *Klein* erklärte sodann, dass die Leitung des Volksbundes, Franz Basch und zahlreiche junge Leute, die weder über ein Vermögen, noch über sonstiges Einkommen verfügen, ein flottes Leben führen, in Kraftwagen herumfahren und Propaganda machen. Als Redner das zu Worte gebracht habe, sei ihm von Basch die Antwort erteilt worden: „Jawohl, ich gebe zu, dass ich Geld erhalte, ich bin sogar stolz darauf, und wenn es mir gefällt, werde ich das plakatieren lassen." (Grosser Lärm links, Zwischenrufe aus den Pfeilkreuzlerbänken: Eine Schande!) Der Redner sei geneigt, seine diesbezüglichen Behauptungen auch ausserhalb des Schutzes seines Immunitätsrechtes zu wiederholen. Man möge ihn deshalb vor Gericht stellen.

Abg. *Rassay:* Sie leugnen es ja gar nicht!

Abg. *Klein:* Nein, sie leugnen es nicht, und einer ihrer Wahlagenten sagte gelegentlich einer Wahlversammlung: „Anton Klein beanstandet, dass wir aus Deutschland Geld bekommen. Anscheinend bedauert er es und er beneidet uns, dass nicht er und Ladislaus Pintér das Geld erhalten." Ich muss mich dagegen verwahren – setzte Redner mit erhobener Stimme fort – und es für eine Verleumdung erklären, dass wir als Feinde Deutschlands und als Hitlers Gegner eingestellt werden. Ich habe immer meiner höchsten Genugtuung über die Aussenpolitik der Regierung Ausdruck verliehen, die sich auf die Achsenmächte stützt und in erster Reihe enge Beziehungen aufrechtzuerhalten wünscht. Nie hat ein Wort gegen den Führer Deutschlands meine Lippen verlassen, im Gegenteil, ich habe mich über ihn stets bloss mit tiefster Hochachtung geäussert.

Der Redner sprach dann von der verleumderischen Propaganda, die in der Auslandspresse gegen das Verhalten Ungarns seinen Nationalitäten gegenüber betrieben werde. Leute, die die Unwahrheit verbreiten, als ob das Schwabentum hier nicht alle Rechte geniessen würde, üben Verrat am Ungartum. Redner gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass die wahren Führer des Deutschtums sich nicht mit der Absicht tragen, sich in Ungarns innere Angelegenheiten einzumischen. Trotzdem seien viele in Deutschland arbeitende ungarische Staatsangehörige merkwürdigerweise zur Zeit der Wahlen auf bezahlten Urlaub nach Hause gekommen. Der Redner befasste sich des weiteren mit persönlichen Äusserungen des Abg. Mühl, der u. a. erklärt habe, „es falle ihm nicht im Traume ein, für Ungarn zu sterben, eine ungarische Nation gebe es gar nicht, die Ungarn seien bloss ein zusammengewürfelter Volkshaufen". Herr Mühl dulde nicht, dass ihn die Leventejungen ungarisch begrüssen, auch habe er sich bis am Vorabend der Wahlen ständig geweigert, die ungarische Fahne auf seinem Hause zu hissen. Abg. Klein erklärte zum Schluss, den Standpunkt der Regierung in der Nationalitätenfrage nicht klar zu sehen und deshalb die Indemnitätsvorlage nicht votieren zu können.

*

Sodann ergriff in persönlicher Frage Abg. *Mühl* das Wort. Er erinnerte das Haus daran, dass im Februar 1938 Abg. Klein den Debreziner Universitätsprofessor Richard Huss ähnlicher-

weise angeklagt, und als er vom Professor deshalb gefordert worden sei, die ritterliche Genugtuung verweigert habe. Übrigens sei Professor Huss im Laufe des von ihm selbst geforderten Disziplinarverfahrens durch den Unterrichtsminister rehabilitiert worden.

Abg. *Mühl* berief sich darauf, dass er als Arzt ein geordnetes Einkommen, daraus auch seine Wahlkosten bestritten habe und teilweise noch jetzt vielen Leuten schuldig sei. Als Abg. Mühl sodann erklärte, dass die Minderheitenfrage eine alte, schmerzhafte Wunde der ungarischen Politik sei, brach von rechts und links ein gewaltiger Sturm los.

Abg. *Krudy* (MÉP): Die Schwaben sind grössere Herren hier, als wir!

Abg. *Bajcsy-Zsilinszky* (Unabh. Kleinlandw.): Es gibt nur eine einzige Minderheit im Lande, das Ungartum!

Abg. *Közi-Horváth* (Christl. Vereinigung): Ginge es nur den Ungarn so gut in diesem Lande, wie den Deutschen!

Abg. *Mühl* begann wieder über die blutenden Wunden des Deutschtums zu sprechen, die er dem Parlament objektiv bekanntzugeben wünsche. Da brach der Sturm aufs neue los und Vizepräsident *Bobory* ermahnte den Redner, im Parlament sich solcher Äusserungen zu enthalten.

In der Folge führte der Redner die Beschwerden der zu sechzig Prozent deutschen Gemeinde Kisvejke an, wo es ständig Reibungen wegen der Sprache des Gottesdienstes geben. Zum Schluss erklärte Abg. Mühl, dass er selbst und mit ihm das gesamte ungarländische Deutschtum staatstreu sei und es auch bleiben werde, doch bitte er, dass in Ungarn Gesetze geschaffen werden, die den Deutschen die Erhaltung und Sicherung ihres Volkstums ermöglichen.

*

In der Sitzung am 26. Juni fasste *Dr. Klein* seine Anklage gegen Dr. Mühl in acht Punkte zusammen, die nach dem Parlamentsbericht des Neuen *Politischen Volksblattes* folgendermassen lauten:

Ich beschuldige Dr. Mühl, den einen Führer des unter der Führung Dr. Basch' stehenden Volksbundes, dass er aus dem Ausland Geld bekommt.

Zweitens beschuldige ich den Volksbund, dessen Führer auch er ist, dass mehrere Mitglieder des Volksbundes, die wegen

Schmähung der Nation verurteilt worden sind, in Bonyhád erschienen sind. Diese Mitglieder des Volksbundes schaden dem Ungartum, den deutsch-ungarischen Beziehungen und treiben das Leben des ungarländischen Schwabentums in grosse Gefahr.

Drittens klage ich Dr. Mühl – den das ungarische Vaterland unentgeltlich unterrichten liess und öfters unterstützte – an, dass er die Nation öfters beschimpfte und schmähte.

Viertens beschuldige ich Dr. Mühl, dass er sich bis zu den letzten Wahlen weigerte, die ungarische Fahne auf sein Haus zu hissen.

Fünftens beschuldige ich ihn, dass er bei dem Gruss „Schönere Zukunft!" der Bonyháder Schüler ausspuckte.

Sechstens stelle ich fest, dass die nach Deutschland ausgewanderten Arbeiter zu den Wahlen heimkehrten, weil sie damit bedroht wurden, dass sie ihr Volkstum verraten, wenn sie dies nicht tun.

Siebtens behaupte ich, dass Heinrich Mühl in Bonyhád den Gymnasialprofessor Nikolaus Gömbös hinterrücks überfiel, und als Gömbös sich ihm entgegenstellte, suchte er das Weite. Aus dieser Angelegenheit ist auch eine ritterliche Affäre entstanden, aber Mühl wurde disqualifiziert. Es ist übrigens bemerkenswert, dass die Sekundanten des ungarischen Abgeordneten Dr. Mühl ausländische Herren waren.

Achtens stelle ich fest, dass die Ärztekollegen Dr. Mühl wegen seines unpatriotischen Verhaltens boykottieren und nicht einmal bereit sind, mit ihm an einem Konsilium teilzunehmen.

Dr. Klein erklärt dann, er habe seine Anklagen in acht Punkten vorgebracht und ist bereit, diese Anklagen auch zu beweisen. Er verlangt vor Gericht gestellt zu werden. Als Dr. Klein davon sprechen will, dass der „Völkische Beobachter" ihn angegriffen hat und ihn so hingestellt hat, der die ungarisch-deutschen Beziehungen stören will, macht ihn Präsident *Szinnyey-Merse* darauf aufmerksam, dass dies nicht mehr in den Rahmen der Zurückweisung des persönlichen Agriffes passe.

Anton *Klein* betont, dass die Protokolle des Abgeordnetenhauses reichlich beweisen, dass er die guten Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland nie zu stören versucht hat. Ich behaupte aber immer – erklärt Dr. Klein – und behaupte auch jetzt, dass unsere Vorfahren, die vor zweihundert Jahren in dieses Land eingewandert sind, seit zweihundert Jahren alles

von diesem Land erhalten haben. (Langanhaltender Applaus im ganzen Haus). Unsere Vorfahren haben seit zweihundert Jahren Stellung, Achtung, Vermögen und Rechte erhalten. Mehr Recht hätte uns auch unsere Urheimat, Deutschland, nicht geben können. (Erneuter Sturmapplaus im ganzen Hause). Ich glaube, es ist keine renegate Sache, sondern eine patriotische Tat, wenn ich das . . .

Diese Worte verlieren sich wieder in dem Sturmapplaus, der im ganzen Hause losbricht.

Dr. Anton *Klein:* Ich behaupte, dass diese Hunderte und Tausende patriotisch denkende Schwaben genau so denken und handeln. (Begeisterter Applaus). Jetzt verlange ich nur, dass es mir ermöglicht werde, die Anklagen beweisen zu dürfen. Ich überlasse es der Mehrheit, darüber zu urteilen, ob jemand unter solch schweren Anklagen Mitglied der Partei des Ungarischen Lebens und Mitglied des ungarischen Parlamentes sein kann.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. Juli ergriff Abg. Dr. *Mühl* das Wort und betonte, – nach dem Bericht des „Pester Lloyd" –, dass zwischen den beiden Reden Dr. Kleins wesentliche Abweichungen bestehen, und dass diese ganze Angelegenheit in persönlicher Aussprache schon längst hätte ausgetragen werden können.

Was die erste dieser Anklagen anbetrifft, namentlich, dass der Volksbund vom Auslande Geldmittel erhalten hätte, so richtete Redner vor allem die Frage an Dr. Klein, wer, wann und welche Beträge denn erhalten habe. Es sei eigentümlich aber, dass Dr. Klein trotz dieser Anklagen politische Verhandlungen mit zwei führenden Mitgliedern des Volksbundes eingeleitet und zwischen dem Volksbund und Dr. Eckhardt zu vermitteln versucht habe. Der Anklage, dass der Volksbund eine Agitationsfähigkeit entfalte, hielt Dr. Mühl entgegen, dass der Volksbund der erste autonome Verein des ungarländischen Deutschtums sei und unter der Kontrolle der Behörden stehe, überdies habe der Bund bis zum heutigen Tage bloss die konstituierende Generalversammlung abgehalten. Sollten die Behörden Unregelmässigkeiten beobachten, so werde es ihre Pflicht sein, gegen den Bund aufzutreten. Im übrigen gibt es keine Vereinigung von Minderheiten, gegen die oder gegen deren Führer nicht schon ähnliche Anklagen erhoben worden wären. Wir, erklärte Dr. Mühl, wollen in jeder Hinsicht im Einvernehmen mit dem Ungartum arbeiten, aber das deutsche völkische Leben wahren.

– Was die Anklage anbelangt, ich hätte das ungarische Vaterland beschimpft, so muss ich erklären, dass diese Behauptung unwahr sei und ich weder das Ungartum, noch das ungarische Vaterland jemals beschimpft habe. Ich habe die ungarische Fahne nicht aufgesteckt, denn ich war bis vor anderthalb Jahren kein Hausbesitzer und die Beflaggung ist doch die Aufgabe des Hausherrn. Im übrigen war die ungarische Fahne bei vielen Verehrern des Abgeordneten Klein auch nicht ausgesteckt. Ich erkläre aber mit ruhigem Gewissen, dass dies meinerseits nicht absichtlich geschehen ist. Infolge der sozialen Lage in Bonyhád arbeiten tatsächlich viele Arbeiter in Deutschland, die in gewissen Zeitabschnitten, so zu Pfingsten, wie zu anderen Feiertagen heimkehren. Ich habe niemanden heimgerufen und niemandem geschrieben. Im übrigen sind auch in anderen Wahlbezirken Hunderte von Wählern heimgekehrt, um ihrer gesetzlichen Pflicht nachzukommen.

Sehr eingehend beschäftigte sich der Redner mit der ritterlichen Affäre, über die Dr. Klein sprach und sagte, die Mitglieder des Ehrengerichts, die ihn vertraten, haben sich zurückgezogen, weil es sich ihrer Ansicht nach um eine politische Hetze handelte.

Abg. *Zerinváry* (MÉP): Im Namen der Bonyháder Ungarn weise ich diesen Ausdruck zurück!

Abg. *Mühl* sprach sodann darüber, dass man in Bonyhád die politische Waffe des Boykotts tatsächlich gegen ihn angewendet habe, allerdings hätten seine Ärztekollegen ihm anheimgestellt, der Politik den Rücken zu kehren, in welchem Falle sie mit ihm den Verkehr wieder aufnehmen würden. Er habe aber die Treue seinem Volke bewahren wollen und müsse nochmals betonen, dass das ungarländische Deutschtum die Treue zum Staate wahre. Die aussen- und innenpolitischen Interessen des Landes erfordern, dass diese alten Sachen nicht immer wieder hervorgezerrt werden.

Im abschliessenden Teil seiner Rede erklärte Dr. Mühl, dass der Wahlbezirk von Bonyhád zwischen der politischen Richtung, die er vertrete, und jener des Abgeordneten Dr. Klein geurteilt habe, er wies die Anklage, er habe eine gefährliche Agitation entfaltet, zurück und wiederholte nochmals, womit er auch diese persönliche Sache abzuschliessen wünsche, dass das ungarländische Deutschtum auf patriotischer Grundlage stehe

und mit dem Ungartum auf jedem Gebiete zusammenzuwirken wünsche.

*

Nun griff Aussenminister *Csáky* in die Debatte ein und machte zugleich einige grundsätzliche Feststellungen. Er führte in seiner Rede aus:

– Geehrtes Haus! Ich muss mit Traurigkeit feststellen, dass hier seit zwei Tagen eine Diskussion zwischen zwei Mitgliedern des Hauses im Zuge ist, die für alles geeignet erscheint, nur nicht dafür, die aussenpolitischen Interessen des Landes zu fördern. Es steht beiden Herren die Möglichkeit zur Verfügung, eine persönliche Angelegenheit in zwei Teile zu trennen. Entweder gibt es einen Teil, der vor dem Strafgericht ausgetragen werden kann, oder gibt es einen Teil, der prozessmässig nicht fassbar ist, und in diesem Falle wollen sich die Herren entweder an ein Ehrengericht wenden, oder an die Leitung der Partei, der Herr Abgeordneter Dr. Mühl angehört. Meiner Ansicht nach ist es unzulässig, dass ein Abgeordneter, der ein Mitglied der Partei ist, der anzugehören auch ich die Ehre habe, ununterbrochen im Zwielicht der Unbereinigtheit angegriffen werde, ohne dass konkrete Beweise vorgelegt wurden, wodurch es unmöglich ist, dem angegriffenen Abgeordneten das Gefühl der Solidarität entgegenzubringen, das wir ihm, solange er der Partei angehört, schulden.

– Ich behaupte nicht, dass die Rede des Herrn Abgeordneten Mühl besonders glücklich gewesen sei, dagegen müssen wir vom menschlichen Gesichtspunkt berücksichtigen, dass er sich fast vereinsamt fühlte, angegriffen wurde und vielleicht jenen Grad der Solidarität nicht gefühlt hatte, den er ewartete und der ihm auch in vieler Hinsicht gebührt. Ich bitte sich vorzustellen, was wir sagen würden, wenn in einem Lande mit einer zahlreichen ungarischen Minderheit in Parteien zerklüftet wäre und ein Mitglied der einen Partei die andere ungarische Minderheitenpartei ununterbrochen angreifen und auch seinerseits angegriffen würde. Das würde uns natürlich missfallen und schmerzliche Gefühle in uns erwecken, besonders, dass eine solche Spaltung in einer ungarischen Minderheit entstehen konnte, was ja in der Vergangenheit schon vorgekommen ist.

– Ich bitte die Herren Abgeordneten zu erwägen, dass jedes Wort, das in diesem Hause gesprochen wird, nicht bloss

eine lokale Bedeutung besitzt, nicht bloss Personen berührt, sondern sich auch ausserhalb der Landesgrenzen auswirkt. Den Herren Abgeordneten steht die Möglichkeit zu, persönliche Genugtuung anderswo zu erhalten. Was die öffentlichen Interessen des Landes anbelangt, darüber zu wachen sind wir berufen und ich kann den Herren Abgeordneten versichern, dass wir über diese Interessen wachen und wenn notwendig, auch handeln werden.

Abgeordneter *Dr. Klein* erhielt nun zu einer Replik das Wort und betonte, dass es ihm ferngestanden sei, die aussenpolitischen Interessen des Landes zu verletzen. Er sprach sodann sehr eingehend über den langjährigen Kampf zwischen den zwei politischen Richtungen innerhalb des ungarländischen Deutschtums und erklärte, dass er im vollem Einvernehmen mit dem Aussenminister bereit sei, die von ihm angeschnittenen Fragen und angeführten Anklagen auch vor dem unabhängigen Gerichte zu vertreten.

Verschiedene Verfügungen zur Autonomie im Karpatenland.

Am 29. Juni hat die ungarische Regierung zur Verwaltung des zur ungarischen heiligen Krone rückgegliederten Karpatenlandes bis zur gesetzlichen Regelung von dessen Autonomie verschiedene Verfügungen getroffen, die sich auf die Verwaltung des Karpatenlandes beziehen. Nachstehend lassen wir jene Absätze der Verfügungen folgen, in denen der Gebrauch der Muttersprache geregelt wird. Diese Verfügungen lauten:

1. Auf dem karpatenländischen Gebiet ist die amtliche Sprache des Staates die ungarische und die karpatorussische.

2. Die Gesetze müssen auch in karpatorussischer Sprache in amtlicher Übersetzung herausgegeben werden.

3. Auf dem karpatenländischen Gebiet muss ein besonderes Amtsblatt gegründet werden, für dessen Herausgabe der reichsverweserliche Kommissar zu sorgen hat.

4. Jene Ministerialverordnungen, deren Wirkungskreis sich auf das karpatenländische Gebiet erstreckt, sind nach der Veröffentlichung im Amtsblatt des Landes (im „Budapesti Közlöny) als regelmässig verkündet zu betrachten und auch

vom Gesichtspunkt des Inkrafttretens der Verordnung ist der Tag der Veröffentlichung im Budapesti Közlöny massgebend; die erwähnten Verordnungen müssen jedoch – und zwar möglichst gleichzeitig mit ihrem Erscheinen im Budapesti Közlöny – im Amtsblatt des karpatenländischen Gebietes in ungarischer und in karpatorussischer Sprache spaltenweise veröffentlicht werden.

5. Im besonderen Amtsblatt des karpatenländischen Gebietes sind die vom reichsverweserlichen Kommissar herausgegebenen Statuten, sowie die allgemeinen Verordnungen und Mitteilungen, die durch den reichsverweserlichen Kommisar oder durch den Leiter der administrativen Expositur herausgegeben wurden, zu veröffentlichen; die Veröffentlichung erfolgt spaltenweise in ungarischer und karpatorussischer Sprache.

6. Die Bewohner des karpatenländischen Gebiets können sich an die auf karpatenländischem Gebiet tätigen staatlichen und Selbstverwaltungsbehörden, sowie an die kön. ung. Ministerien auch in karpatorussischer Sprache wenden und in diesem Falle ist die Antwort in karpatorussischer Sprache zu erteilen.

7. Bezüglich des minderheitlichen Sprachgebrauchs auf dem karpatenländischen Gebiet sind die rechtlich festgestellten Verfügungen massgebend.

Ein weiterer Paragraph besagt:

Auf dem Gebiet des Karpatenlandes stellt der Minister des Innern die Gemeinde- und sonstigen Ortsnamen ohne Rücksicht auf die im G.-A. 1898 IV festgestellten Regeln fest. Wenn der Minister des Innern den amtlichen Namen der Gemeinde in ungarischer und karpatorussischer Sprache festgestellt hat, so muss die zweisprachige Benennung gemeinsam gebraucht werden.

Schliesslich heisst es im 1. Abschnitt des 14. Paragraphen:

Jeder auf Grund des § 13 ernannte Beamte ist verpflichtet, in ungarischer oder ungarisch-russischer Amtssprache einen Amts-(Dienst-)Eid zu leisten. Wer sich innerhalb einer Frist von 15 Tagen, vom Tage der Zustellung des Ernennungsdekrets an gerechnet, nicht meldet, wird so betrachtet, als hätte er die Stelle nicht angenommen.

*

Obige Verfügungen der ungarischen Regierung, die der Autonomie im Karpatenland die Wege ebnen, sind von geschicht-

licher Bedeutung. Der Geist, in dem die Verfügungen der ungarischen Regierung gehalten sind, ist jenem Geiste kongruent, der das 68er Nationalitätengesetz geschaffen hat, mit dem Unterschiede allerdings, dass sie zugleich die seither wesentlich veränderten Verhältnisse, insbesondere aber die Dynamik des Volkstumsgedankens vor Augen halten. Dabei stellt der Plan der Regierung zwischen Volkstum und staatsrechtlicher Haltung jene glückliche Synthese dar, die mit dem „Sankt-Stephans-Gedanken" bezeichnet zu werden pflegt.

Völkische Kampfpresse.

Die vom Stuttgarter Deutschen Ausland-Institut herausgegebene Zeitschrift „Deutschtum im Ausland" bringt in ihrem Juniheft dieses Jahrgangs (No. 6.) eine Darstellung der Pressebeziehungen des in der ganzen Welt zerstreut lebenden Deutschtums. Oskar Hartung berichtet von den in Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, in der Slowakei, im Sudetenland, im tschechisch-mährischen Protektorat und in Polen erscheinenden Tag- und Wochenblätter sowie Zeitschriften, die er als Organe der völkischen Kampfpresse bezeichnet.

Für uns ist von besonderem Interesse, was sich auf Rumänien, Jugoslawien, Ungarn und die Slowakei bezieht, weshalb wir auf diesen Abschnitt genauer eingehen wollen.

Hartung behauptet, das entscheidende Merkmal dieser Presse sei, dass sie bis zur letzten Zeile aus einer klaren, weltanschaulichen Überzeugung geschrieben wurde und sich weniger die Aufgabe stellt Nachrichten zu übermitteln, als ihre Leser und die junge Mannschaft der Volksgruppe in dieser Weltanschauung zu schulen.

IN RUMÄNIEN entstand dem Deutschtum diese Presse der Erneuerungsbewegung aus dem kleinen Blättchen «*Selbsthilfe*», das erstmals in 1922 mit dem Hakenkreuz auf der Vorderseite erschien. Redakteur des Blattes war der gegenwärtige Führer der deutschen Volksgruppe Rumäniens Fritz Fabritius. Mit der steigenden Bedeutung der Erneuerungsbewegung der Deutschen Rumäniens änderte die «*Selbsthilfe*» im Juni 1932 ihren Titel in «*Ostdeutscher Beobachter, Kampfblatt für das ehrlich arbeitende Volk*» und wurde damit zum stärksten Sprach-

rohr der nationalsozialistischen Bewegung. Seine politische Erziehungsarbeit unterstützte die «*Sachsenburg,* deutsches Bürger- und Bauernblatt für Siebenbürgen" die im Mai 1932 entstand, aber gleichzeitig mit dem «*Ostdeutschen Beobachter*» nach dem ministeriellen Verbot der deutschen Erneuerungsbewegung im Juni 1934 ihr Erscheinen einstellen musste.

Das selbe Verbot erzwang die Einstellung des in Mühlbach erscheinenden «*Unterwalder Beobachters*» und des «*Bessarabischen Beobachters*» in Tarutino. Bestehen blieb die «*Deutsche Tageszeitung*», die nunmehr für das ganze Land die Linie der Erneuerungsbewegung fortsetzte. Nach der innervölkischen Spaltung 1935 wurde sie Blatt der Deutschen Volkspartei Rumäniens (Dr. A. Bonfert), während sich die Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien zunächst im «*Aufbau*», dann im «*Süd-Ost*» eine neue Tageszeitung schuf. Da gegenwärtig die innere Einheit unter den Deutschen Rumäniens zustandekam, dient diese mit der „Deutschen Tageszeitung" gemeinsam dem Gesamtwohl des Deutschtums in Rumänien.

Gefahrbringend für die deutsche Presse in Rumänien war das am 13. April 1938 gebrachte Gesetz über die Kontrolle der Unterhaltungsmittel periodischer Veröffentlichungen, welches verlangt, dass sämtliche Zeitungen, die mehr als 30-mal im Jahre erscheinen, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt würden. Gleichzeitig erfolgte eine Änderung im Besteuerungssystem der Aktiengesellschaften, wobei ein Mindestkapital von 250.000 Lei vorausgesetzt wurde.

Da es kleinen deutschen, ein-oder zweimal wöchentlich erscheinenden Blättern unmöglich gewesen wäre, diesen drückenden steuerlichen Bestimmungen zu genügen, sahen sich die meisten Blätter gezwungen, anstatt wöchentlich nunmehr alle vierzehn Tage zu erscheinen. Um die entstehende Lücke auszufüllen, wurde die Notlösung getroffen, in der Zwischenwoche etweder ein neues Blatt herauszubringen, oder sich mit einem anderen, am selben Ort erscheinenden Blatt abzuwechseln.

So wechselt die «*Bistritzer Deutsche Zeitung*» mit den «*Sächsisch-Regener Nachrichten*» ab, die «*Mediascher Zeitung*» mit der neu geschaffenen Wochenschrift «*Weinland*», der «*Gross-Kokler Bote*» mit dem «*Schässburger Anzeiger*». Die beiden in Reschitza erscheinenden deutschen Blätter «*Reschitzaer Zeitung*» und «*Reschitzaer Wochenschau*» lösen einander ebenfalls ab.

Andere Blätter mussten sich aber den Bestimmungen fügen: so das «*Orawitzaer Wochenblatt*», die «*Deutsche Zeitung*» in Klausenburg, die «*Sathmarer Schwabenpost*», die «*Deutsche Tageszeitung*» erscheinen seit Mai 1938 nur noch alle vierzehn Tage. Die grossen Blätter wechselten ihre Unternehmungsform und wurden Aktiengesellschaften.

Das neue Gesetz brachte aber nicht nur der Minderheitenpresse, sondern ebenso der nationalrumänischen Provinzpresse erhebliche Schwierigkeiten. So beschloss man endlich aus Vernunftgründen und um das rumänische Zeitungswesen nicht völlig zu ersticken, Ausnahmsbestimmungen für die Provinzpresse, sowie alle Blätter, die eine kleinere Auflage als 7500 Stück haben, zu schaffen. Diese traten mit 1. Oktober 1938 in Kraft und gewähren der deutschen Presse Erleichterungen, sodass der alte Zustand wiederhergestellt wurde und die Ersatzblätter verschwanden.

IN JUGOSLAWIEN bezeichnet Hartung zwei Blätter der deutschen Volksgruppe, deren Aufgabe als Kampfblätter vom ersten Tage ihres Erscheinens an bewiesen ist. Diese sind der «*Volkruf*» in Pantschowa und der «*Slawonische Volksbote*» in Esseg. Ausser diesen sind von hoher Bedeutung die in Agram am 24. Dezember 1938 gegründete «*Deutsche Nachrichten*», welche im westlichen Jugoslawien ebenso volksbewusst arbeiten, wie die «*Gottscheerer Zeitung*». Im März 1939 erschien in Batschka-Palanka ein neues Wochenblatt «*Heimat*», dessen Richtung im Untertitel: „Ehre, Blut und Boden" zum Ausdruck gelangt.

IN UNGARN war – so behauptet Hartung – bis zur neuesten Zeit kein deutsches Blatt vorhanden, welches als Kampforgan der einheitlichen Weltanschauung hätte gelten können. Der Volksbewegung Dr. Basch' fehlte ein Wochen- oder Tagblatt. Dieser Zustand änderte sich am 12. Juni 1938, indem die seit 1874 bestehende, aber unansehnliche politische Wochenschrift «*Günser Zeitung*» sich den von Basch vertretenen Wünschen des ungarländischen Deutschtums zu Diensten stellte. Als Schriftleiter übernahm Basch's Mitarbeiter, Dr. Goldschmidt die Leitung des Blattes. Ausserdem erscheinen mehr als Flugschriften der «*Deutsche Volksbote*» und «*Volk und Heimat*». Seit 1. Jänner 1939 änderte der „Deutsche Volksbote" sich in ein Wochenblatt und zu seinen Gunsten stellte man „Volk und

Heimat" und die „Günser Zeitung" ein. Gleichzeitig erschien im selben Verlag wie der „Volksbote" als Blatt der volksdeutschen Jugend der «*Jungkamerad*».

IN DER SLOWAKEI haben sich infolge der grossen Umwälzung auch die deutschen Presseverhältnisse geändert. Vor 1939 waren dort in volksbewusst deutscher Richtung das Wochenblatt «*Deutsche Stimmen*» als gewissermassen Schwesterorgan von Henlein's «*Rundschau*» vorhanden. In Käsmark erschien mit einer nie zweifelsfreien deutschen Haltung die «*Karpathenpost*». Im November 1938 wurde der in jüdisch-freimaurerischem Geist geleitete «*Grenzbote*» käuflich erstanden und seitdem verfügt die deutsche Volksgruppe in der Slowakei über eine Tageszeitung, die das nationalsozialistische Gedankengut bis in die kleinste Hütte trägt.

Als Gegengewicht gegen die zweideutige Haltung der «*Karpathenpost*» bekam die Zips am 15. April 1939 mit dem Namen «*Die Karpathendeutsche Bauernzeitung*» ein neues Blatt.

Schliesslich verfügt die deutsche Volksgruppe in den „Deutschen Pressebriefen aus der Slowakei" über einen ausgezeichneten Informationsdienst.

Die Strafe wegen Schmähung der ungarischen Nation.

Der Kvassay-Senat der kön. Kurie befasste sich am 27. Juni mit einem Prozess, der gegen mehrere Personen wegen Schmähung der ungarischen Nation angestrengt wurde. Die Strafsache wurde in erster Instanz vom Fünfersenat des Raaber Gerichtshofes verhandelt. Im Sinne der Anklage haben der Kleingrundbesitzer Samuel Preissinger, der Webereiarbeiter Karl Fleck, der Tischlergehilfe Michael Wolfbeiss, die Eisenbahnarbeiter Ferdinand Hammerl und Ludwig Drescher, der Monteur Franz May und der Seidenfabriksarbeiter Michael Gottschling, sämtliche in Ödenburg wohnhaft, im Februar l. J. aus dem Auslande nach Ödenburg eingeschmuggelte litographierte Flugschriften verbreitet. Diese Flugschriften enthielten so schwerwiegende Anwürfe, dass man gegen die Angeklagten wegen des Vergehens gegen das Ansehen des ungarischen Staates und der ungarischen Nation die Anklage erheben musste.

In der Hauptverhandlung vor dem Fünfersenat gaben sämtliche Angeklagte ihre Schuld zu, worauf Preissinger zu fünf Monaten, Fleck zu sechs Monaten, Wolfbeiss zu drei Monaten, die übrigen Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Gegen das Urteil wurden Nichtigkeitsgründe eingereicht, die Verteidiger ersuchten um Milderung der Strafen. In der Verhandlung vor der kön. Kurie wurden nach der Rede des kön. Kronanwaltssubstituten Dr. Moldoványi die Strafen der Angeklagten wesentlich erhöht, und zwar wurden Samuel Preissinger und Karl Fleck zu je drei Jahren Gefängnis, Wolfbeiss, Hammerl und May zu je zwei Jahren Gefängnis, Gottschling zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. In der Motivierung des Kurialurteils wird hervorgehoben, dass die Aktion in ihrem Wesen die Grenzen der Schmähung der Nation überrage. Als erschwerend wurde angenommen, dass die Strafhandlung in Ödenburg, in der Stadt der Treue, begangen wurde.

REVISTA PRESEI

Presa ungară despre rezultatul alegerilor din România. Critici neîntemeiate.

«*Universul*» din 13 Iunie 1939 scrie următoarele:

Ziarele din Ungaria, ocupându-se de rezultatele alegerilor generale din România, formulează critici lipsite de orice temei, cu privire la reprezentanța în actualul Parlament a minorității maghiare. Ele pretind că această minoritate importantă maghiară — în care înglobează și pe secui — care, după recensământul nostru din 1930 reprezintă o proporție de 7,9 la sută din totalul populației României, n'are numărul corespunzător de deputați și senatori.

Lăsând la o parte faptul, că alegerile ce s'au făcut la noi, n'au avut nici un caracter politic; iar alegătorii votanți, indiferent de originea lor etnică, n'au suferit nici un fel de influențe, sau de constrângere, din partea nimănui și deci au putut exercita dreptul lor de vot în deplină libertate de conștiință, numărul reprezentanților proclamați aleși, din partea minorității maghiare este tocmai o dovadă, că această minoritate, compusă din maghiari și din secui, se bucură în România de aceleași

drepturi şi libertăţi cetăţeneşti, ca şi populaţia majoritară românească.

Dacă presa maghiară, consideră, totuşi, insuficient numărul maghiarilor şi secuilor aleşi în Parlamentul corporativ al României Mari, cum ar putea ele să ne explice următorul rezultat al recentelor alegeri generale efectuate în Ungaria, în ce priveşte numărul deputaţilor germani aleşi în raport cu efectivul populaţiei minoritare respective: *2 deputaţi pentru peste 600.000 de germani?*

Ori, dacă în Ungaria, sunt posibile asemenea rezultate, ba sunt considerate firești, cum e cu putinţă să se plângă presa acestei ţări, că România are în Parlamentul său un număr... prea mic de reprezentanţi ai minorităţii maghiare?

Reamintim apoi, că în Ungaria de odinioară, cele 4 milioane de Români au fost reprezentanţi în Parlamentul din Budapesta de 3–4 deputaţi, — 1 deputat la un milion de români.

În concluzie, presa ungară n'a fost bine inspirată să atace România tocmai pe tema rezultatelor alegerilor din această ţară, când ele au fost satisfăcătoare pentru minoritatea maghiară.

*

Gestul de loialitate al minorităţii maghiare.

În numărul din 17 Iunie 1939 al ziarului bucureştean «***România***» găsim articolul următor:

Este un adevăr evident aproape prin el însuşi că Statul român a avut întotdeauna faţă de minorităţi o politică din cele mai loiale. Din nenorocire însă atitudinea lui n'a fost răsplătită aşa cum se cuvenea.

Faptul se datoreşte unor uneltiri ascunse care năzuiau să creeze o situaţie incertă depe urma căreia să beneficieze pescuitorii în ape turburi.

Chiar atunci când deşarte agitaţiuni minoritare veneau să îngreuneze pentru o clipă bunul mers al lucrurilor, Statul român a înţeles să se poarte cu aceiaşi loialitate şi să acţioneze în acelaşi spirit de dreptate care-l caracterizează.

Mai cu seama dela instaurarea noului regim constituţional, minorităţilor etnice li s'au asigurat un tratament pe care niciodată nici o minoritate nu l-a avut şi nu-l are nicăeri. Acesta este semnul cel mai convingător că politica României se inspiră din cele mai sincere idealuri de armonie socială şi naţională.

Minoritățile noastre înscriindu-se în Frontul Renașterii Naționale au făcut act de deplină supunere și de necondiționat devotament față de așezările noui ale țării. Această atitudine a lor a fost încă din primul moment apreciată la justa ei valoare.

Astfel li se deschideau alte perspective de colaborare cu Statul și cu populația românească sdrobitor majoritară.

În primul Parlament al Renașterii li s'au fixat locuri în proporție cu numărul populației lor. Deasemenea, prin felurite legi li s'au recunoscut drepturile ce decurg din însăși situația lor specială.

În spiritul celei mai rodnice colaborări li s'au prevăzut tuturor minorităților etnice condițiunile necesare de muncă și afirmare.

Deaceea România are toate motivele să se simtă sincer întristată atunci când vede că fel de fel de calomnii sunt emise pe socoteala ei de către o presă care ar trebui să știe că în modul acesta aduce cele mai proaste servicii unei cauze limpezi — cum nu se poate mai limpezi. Căci nici un minoritar etnic care respectă legiuirile țării n'are de ce să se plângă în România. Acest lucru mai bine chiar decât noi, îl simt și îl trăiesc minoritarii. Nici o autoritate nu-i asuprește și nici un drept al lor nu este încălcat.

Din cauza aceasta răspunsul lor nu poate fi altul decât acela de a-și manifesta integrala adeziune la opera de renaștere a Patriei, operă care le prevede toate îndatoririle dar le și acordă toate îndreptățirile.

Comunitatea minoritară ungurească din ținutul Aradului a ținut recent câteva consfătuiri prin care a asigurat guvernul că-l va sprijini cu o nedesmințită loialitate în toate acțiunile lui.

Convinși că acest guvern se poartă cu o desăvârșită echitate față de interesele maghiare în cadrul marilor interese de viață românească, conducătorii populației ungurești din Arad în frunte cu deputatul Teleky Adam, au făcut o serie de declarații menite să arate adevărata situație în această privință.

Ei au mărturisit că legile românești sunt cele mai echitabile posibile și că supunându-li-se lor, maghiarii își îndeplinesc o înaltă datorie de conștiință națională.

În noua orânduire a Statului nostru se respectă cu cea mai evidentă demnitate condițiile de desvoltare a vieții minoritare. Spre deosebire de vremurile antebelice când „minoritatea

română era tratată cu un trufaş despotism înăbuşindu-i-se cele mai elementare şi logice aspiraţii de viaţă naţională, minoritarii unguri sunt trataţi în Statul de astăzi aşa cum nu se poate mai bine.

Consfătuirile dela Arad s'au ţinut după criteriul de breaslă. Îmbucurător este că fiecare breaslă în parte a manifestat cu acelaş entuziasm pentru guvernul român.

Trebuie să remarcăm însă cu o deosebită atenţie că maghiarimea dela Arad, în chip special, şi-a exprimat sentimentele ei de adâncă veneraţie, umilinţă şi devotament faţă de iniţiatorul suprem al nouilor aşezări, faţă de M. S. Regele Carol al II-lea.

Această mărturie de dragoste pentru marele Suveran al Patriei deşi este logigă, fiind în chiar firea lucrurilor, pe noi totuşi ne bucură şi ca atare o amintim ca pildă vie de ceeace însemnează atitudinea loială a unei minorităţi faţă de Statul care îi garantează şi îi legiferează drepturile.

Definitiv încadrată în spiritul renăscut al ţării, minoritatea maghiară dă dovada unei superioare înţelegeri politice şi a unui sentiment realist şi de bună cuviinţă.

Într'adevăr o altă atitudine s'ar vădi iniţial în complecta ei absurditate.

Atât ţăranul şi meseriaşul cât şi industriaşul ungur au în România posibilităţi de desvoltare pe care fraţii lor din Ungaria nu le au.

Dacă din punct de vedere naţional, Statul nostru se comportă cu o echitate largă, apoi din punct de vedere social situaţia ţăranului maghiar este neasemănat superioară decât oriunde în altă parte. Prin reforma agrară, lui i s'a dat pământ ca şi ţăranului român. El nu mai este iobag cu jugul la gât ca dincolo de Tisa; el este un om liber pe pământul al cărui singur stăpân a devenit graţie Statului român.

În lumina acestor realităţi ne întrebăm: e oare explicabil cum de încă se mai găsesc agitatori care să falsifice adevărurile când chiar ungurii din România recunosc din propriul lor impuls, că înţeleg să fie cetăţeni loiali ai ţării?

Noul regim constituţional, între alte merite capitale îl are şi pe acela de a fi încadrat definitiv minorităţile etnice în solidaritatea de Stat. Pentru întâia oară aceste minorităţi, ca răspuns la superioarele înfăptuiri guvernamentale, fac declaraţii asemenea acelora dela Arad. Ele sunt un semn foarte bun,

deoarece ne dovedesc limpede cum o conducere înţeleaptă şi hotărâtă izbuteşte să cucerească deplina adeziune nu numai a românilor ci şi a acelora care până eri, de cele mai multe ori încercau să creieze diversiuni şi să provoace inutile complicaţii.

*

Vechea problemă.

În numărul din 18 Iunie 1939 al cotidianului ***«Universul»*** I. L. scrie următoarele :

Mesagiul, cu care Regentul Horthy a inaugurat activitatea Parlamentului maghiar, eşit din recentele alegeri, nu adaogă elementele noi politicii externe a Ungariei. Aceasta caută prietenii noi şi rămâne credincioasă celor vechi. Strânsele relaţii cu Italia şi Germania, astăzi aliate, rămân la temelia acţiunii ei diplomatice, ca şi prietenia tradiţională polono-maghiară.

În ce priveşte Iugoslavia, Ungaria urmăreşte cu atenţie tot ce poate desvolta atmosfera de încredere între Belgrad şi Budapesta. Această constatare nuanţată este de tot ani în spiritul politicii maghiare faţă de vecina dela miazăzi. Rezultat direct al acordului italo-iugoslav din 1937, noua atitudine a Ungariei n'a fost până azi consacrată de acte politice concrete. E şi firesc să fie astfel. După cincisprezece ani de tensiune între Belgrad şi Budapesta, politica externă iugoslavă s'ar îndepărta de interesele ei esenţiale, dacă ar purcede la o înţelegere izolată cu Ungaria, care n'ar ţinea seama de solidaritatea indispensabilă basinului dunărean, consacrată de o lungă şi nedesminţită prietenie cu România.

Celorlalte popoare, a spus Regentul, Ungaria veghind pretutindeni şi totdeauna la drepturile sale şi respectând drepturile „incontestabile" ale celorlalţi, este gata să le întindă o mână amicală, dacă ele dau dovadă de aceiaşi bunăvoinţă.

Printre naţiunile destinatare ale strângerii de mână amicale ne aflăm şi noi.

Răspunsul nostru este textual identic cu al şefului Statului ungar. Veghind pretutindeni şi totdeauna la drepturile noastre şi respectând drepturile „incontestabile" ale celorlalţi, suntem şi noi gata să întindem o mână amicală, dacă ni se dă dovadă de aceiaşi bunăvoinţă.

Dar nu e îndestulător să folosim aceleaşi expresii. Trebue să gândim acelaş lucru. Dacă drepturile „incontestabile" au, în concepţia conducătorilor maghiari, semnificaţia unei imixtiuni în problemele noastre interne, atunci mâna prieteneşte întinsă este o simplă expresie retorică ; nu mai este un act politic.

Vorbind deunăzi, la conferinţa partidului guvernamental maghiar, Contele Csáky, ministrul Afacerilor Străine al Unga-

riei a ținut să constate că anumiți oameni de Stat români au respins categoric propunerile guvernului maghiar făcute, la începutul lui Mai, pentru încheierea unui tratat al minorităților. Este o aluzie la declarațiile făcute la Camera deputaților, la 11 Iunie, de ministru nostru de externe, care a afirmat că problema minorităților este o chestiune internă românească.

Contele Csáky socotește această declarație regretabilă și consideră că atitudinea noastră nu ar fi nici legală, nici echitabilă, nici cuminte. Nu ar fi legală pentru că între România și Ungaria există de multă vreme un tratat al minorităților, pe care Ungaria a căutat în diferite rânduri să-l pună în valoare fără succes în fața Ligii, ceia ce a fost unul din motivele importante ale eșirii ei din Societatea Națiunilor.

Nu ar fi echitabilă, fiindcă minoritatea maghiară din România și-a dovedit loialitatea, înscriindu-se în Frontul Renașterii Naționale și obținând făgăduieli, care însă n'ar fi fost ținute.

Nu ar fi, în fine, cuminte, fiindcă, în împrejurările actuale, toate națiunile trebue să caute chiar cele mai mici posibilități de colaborare în interesul menținerii păcii europene.

La aceste afirmații s'ar putea răspunde cu o serie infinită de întrebări:

Cine este responsabil, dacă Ungaria a renunțat la aplicarea tratatului minorităților, care funcționa în cadrul Societații Națiunilor? România ori Ungaria a eșit din Ligă?

Cine a obținut un larg statut al minorităților din inițiativă unilaterală? Minoritățile din România sau cele din Ungaria?

Cine a căutat să înlesnească necontenit destinderea și colaborarea dintre țările noastre? Ungaria, agitând fără încetare flamura revizionismului, sau țara noastră, impunându-și liniștea și tăcerea cea mai deplină și interzicându-și în ultima vreme chiar dreptul de răspuns față de Ungaria, adică pentru apărarea celor mai legitime interese naționale?

Dar de ce să reeditâm vechile teme polemice?

Chestia minorităților maghiare din țara noastră este rezolvată satisfăcător și de politica noastră și de conștiința noastră. Maghiarii au avut și au în România o largă reprezentare în viața noastră publică, pe care Românii n'au avut-o niciodată în vechea Ungarie. Țăranii maghiari au avut și au în România pământ și o situație economică, pe care n'au avut-o, când făceau parte din elementul politic dominant în Ungaria. Ei au, în fine, la noi libertăți confesionale și culturale și un statut legal, pe care Românii nu le-au avut niciodată în Ungaria.

Dar nu aceasta este chestiunea. Pentru politica maghiară, problema minorităților este o problemă internațională și un element al politicii de revizuire; pentru noi, ea este o problemă internă, în cadrul unui Stat național dornic să creeze cele mai

bune condiţiuni de paşnică convieţuire şi de egală prosperitatea tuturor cetăţenilor lui, cu singura conditie a loialităţii lor faţă de interesele superioare ale ţării.

Problema minorităţilor este şi va rămânea o problemă internă a Statului nostru. Avem, de multă vreme, obiectul să fim stăpâni la noi acasă. Guvern şi naţiune sunt pe deplin de acord asupra acestui lucru. Mâinile noastre sunt gata să se întindă prieteneşte pentru ori ce operă de pace sinceră, dar vor aplauda întotdeauna cu însufleţire, pe aceia cari — situându-se pe linia intereselor superioare şi permanente ale ţării — ni vor afirma cu tărie că grija independenţei noastre exclude orice amestec al altora în problemele interne ale Statului român.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Das Jahrbuch 1939 des Instituts für Grenz- und Auslandsstudien.

Seit fünf Jahren gibt das in Berlin tätige *Institut für Grenz- und Auslandsstudien* unter Leitung von *Dr. Karl von Loesch'* alljährlich in hübscher Form, mit reichem Bildermaterial und mit ernstem Inhalt ein Jahrbuch heraus.

Max Hildebert Boehm und Karl von Loesch, die Herausgeber des diesjährigen Berichtes gaben zahlreiche fotografische Aufnahmen zur Darstellung der in der „Ostmark" abgelaufenen Ereignisse, Bilder der wunderbaren Landschaften und Kunstwerke aus der Ostmark diesem Jahrbuch bei. Unter diesen Aufnahmen finden wir auch solche von den Ungarn im Burgenland, die in ihrer Volkstracht, mit dem markantan „Waisenmädchenhaarbusch" am Hute, zu Pferd die Hakenkreuzfahne zur Volksabstimmung tragen. Im Text finden wir Beschreibungen von Rudolf Jung von dem ans Reich angeschlossenen Sudetenland, aus Karl von Loesch's Feder von den politischen Leistungen der Ostmarkdeutschen, Max Hildebert Boehm bespricht die französische Revolution und deren Auswirkung auf die Völker Europas, Josef Geiger die Wolgadeutschen und A. Windenburg berichtet von den Ereignissen im Memelland.

Eine sehr nützliche Darstellung der in Deutsch-Österreich vor sich gegangenen Ereignisse in chronologischer Folge von 1918 bis 1938 veröffentlicht in diesem Jahresbericht Hans Peterleitner.

Das Buch erschien in der Deutschen Buchvertriebsstelle Kurt Hofmeier, Berlin-Steglitz.

Director, girant răspunzător şi proprietar: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.